

## Unsere Stadt Freiburg ist:

- \* seit 1985 Atomwaffenfreie Zone ( Gemeinderats-Erklärung)
- \* seit 2005 „Mayors for Peace“ -Stadt ( Bürgermeister für den Frieden)
- \* seit 2019 für Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag

## 8. Juli ist weltweit Flaggentag der Mayors for Peace 2024: Für den Beitritt Deutschlands zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag



Am Freiburger Rathaus hängt heute die Friedensflagge des weltweiten Städte-Netzwerks „Mayors for Peace“.

1982 wurde dies vom Bürgermeister der Stadt Hiroshima gegründet, um damit ein Zeichen gegen Atomwaffen zu setzen. Mehr als 8000 Städte und deren Bürgermeister haben sich mittlerweile weltweit dieser Initiative angeschlossen, darunter auch Freiburg. Denn die hunderttausende Opfer der Atombomben-

Abwürfe von Hiroshima und Nagasaki, die 1945 von zwei Atombomben verwüstet, verbrannt und verstrahlt wurden, mahnen uns, alles zu tun, dass dies nie wieder geschieht.

Jedoch: Weltweit werden die Atomarsenale aufgerüstet, Atomwaffenabkommen sind gekündigt, Abrüstungsverhandlungen finden nicht statt. Die Drohungen Russlands mit Atomwaffen im Kontext des Ukraine-Krieges zeigen, wie fragil die atomare Abschreckung ist. Angriffe der Ukraine auf russische Atomwaffen-Warnsysteme verschärfen die angespannte Situation. In Europa werden zunehmend Stimmen laut, eine eigene Atombewaffnung anzustreben. Damit der Ukraine-Krieg nicht in einen Atomkrieg eskaliert, sind – statt weiterer Waffenlieferungen - dringend Verhandlungen für einen Waffenstillstand und einen Friedensschluss nötig. Das grausame Töten und Sterben muss beendet werden! Alle Beteiligten müssen von Maximalforderungen abrücken!

## Atomwaffenverbotsvertrag statt nuklearer Teilhabe

Der Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) der UNO ist am 22. Januar 2021 in Kraft getreten. Dieser Vertrag ist notwendig geworden, weil sich die Atomwaffenstaaten seit über 50 Jahren weigern, der Verpflichtung zu vollständiger nuklearer Abrüstung gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag von 1968 nachzukommen. Wir fordern die Bundesregierung auf, diesem Vertrag beizutreten.

Noch hält die Bundesregierung an der sogenannten nuklearen Teilhabe in der NATO fest. In Büchel in der Eifel lagern etwa 15 Atombomben mit einer Sprengkraft von jeweils bis zu 13 mal stärker als die Hiroshima-Bombe.

Dazu stehen auch Tornado-Kampfflugzeuge als Trägersysteme bereit. Deutsche Soldaten sollen im Ernstfall mit Kampfflugzeugen diese Atombomben abwerfen. Dieser Kriegsfall wird jährlich von der Bundeswehr geübt, so auch wieder im Oktober beim Atomkriegsmanöver der NATO „Steadfast Noon“.

Aktuell sind die atombombenfähigen Tornados nach Nörvenich verlegt. Der bisherige Fliegerhorst Büchel wird für mehr als eine Milliarde Euro für die neuen Trägerflugzeuge F35 und zum Einsatz von neueren und zielgenaueren, dosier- und lenkbaren B61-12-Atombomben umgebaut.

# Atomwaffen stehen in Widerspruch zum Völkerrecht!

Das Konzept der „**nuklearen Teilhabe**“ ist **völkerrechtswidrig**. Gemäß dem Nicht-Verbreitungsvertrag für Nuklearwaffen darf die Bundesrepublik weder unmittelbar noch mittelbar über Atomwaffen verfügen. In Büchel jedoch wird die mittelbare – und im Ernstfall unmittelbare – Verfügungsgewalt praktiziert. Jeder Einsatz von Atomwaffen wäre völkerrechtlich ein Verbrechen. Der Internationale Gerichtshof hat am 8. Juli 1996 in

einem von der UNO angeforderten Gutachten erklärt, dass der Einsatz dieser Waffen „generell“ völkerrechtswidrig sei. Atomwaffen können nicht zwischen Kriegsbeteiligten und Zivilist\*innen unterscheiden, sie verursachen extreme Qualen, wirken durch die Strahlung unbegrenzt, zerstören die Umwelt, ziehen unbeteiligte Staaten in Mitleidenschaft und bedrohen den gesamten Planeten.

Der ICAN -Städte-Appell fordert die internationale Ächtung und Abschaffung von Nuklearwaffen  
„Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen von 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.“

## Freiburg als atomwaffenfreie Zone muss aktiver für Atomwaffenverbot eintreten



Freiburg hat sich unter OB Horn am 30.4.2019 diesem ICAN-Städteappell angeschlossen.

Und fast schon vergessen! Der Freiburger Gemeinderat hat in der Hochphase des kalten Krieges mutig die Stadt Freiburg am 12. März 1985 zur „Atomwaffenfreie Zone“ erklärt. Davon zeugt diese Gedenktafel auf dem Kreuz-Spielplatz im Stühlinger.

Doch damit ist es lange nicht getan! Es müssen Taten folgen. Gerade in der aktuellen Neuauflage eines kalten Krieges und eines drohenden Atomkrieges erwarten wir von der Stadt Freiburg, dass sie sich viel aktiver für Frieden, Abrüstung und für ein Atomwaffenverbot und gegen Kriegstüchtigkeit einsetzt und Farbe bekennt. Wir warten darauf, dass die Stadt endlich mit eigenen Beiträgen und Veranstaltungen am Antikriegstag, beim Gedenken an den Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki und am Flaggentag aktiv wird.

Wir müssen stärker werden in unserem Widerstand gegen die Atomwaffen. Es geht dabei um Aufklärung, um Druck auf die Abgeordneten des Bundestages und um direkten Protest und Widerstand.

- Kommt zu den Veranstaltungen im August im Gedenken an die Opfer von Hiroshima und Nagasaki (6. und 9. August)!

- Organisiert Veranstaltungen zum Tag des Inkrafttretens des AVV (22. Januar)!

Informiert Euch beim Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!“ über Aktionen und inhaltliche Forderungen: <https://atomwaffenfrei.de>

## Seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Atombombenaufrüstung!

Kontakt: mail: [fff@fffr.de](mailto:fff@fffr.de) oder [freiburg@dfg-vk.de](mailto:freiburg@dfg-vk.de)  
Internet: <https://fffr.de> oder <https://freiburg.dfg-vk.de>

v.i.S.d.P.: Friedensforum FR, W.Cordi, Stühlinger Str. 7

